Sitzungsvorlage

Datum: 02.06.2022
Drucksache Nr.: **22/0278**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Rat	23.06.2022	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Sankt Augustin

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die nachfolgende Artikelsatzung zur Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Sankt Augustin:

Aufgrund der §§ 4 und 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), in der bei Erlass dieser Satzung gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Sankt Augustin in seiner Sitzung am 23.06.2022 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Sankt Augustin

§ 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Die Einladung ist allen Ratsmitgliedern mindestens 9 Tage vor dem Sitzungstermin auf elektronischem Weg zu übermitteln. Die Ladungsfrist gilt als gewahrt, wenn die elektronischen Dokumente der Einladung im Ratsinformationssystem eingestellt sind und die Bereitstellung allen Ratsmitgliedern per E-Mail mitgeteilt wurde. Hierzu teilen die Ratsmitglieder dem Bürgermeister schriftlich die E-Mail-Adresse mit, unter der die Benachrichtigung über die Bereitstellung in elektronischer Form rechtsverbindlich zu übermitteln ist. Die Ratsmitglieder sind dafür verantwortlich, dass ihr elektronisches Postfach empfangsbereit ist, regelmäßig vor Sitzungen durchgesehen wird sowie unbefugte Dritte keinen Zugriff auf nichtöffentliche Vorlagen (einschl. Anlagen) und sonstige der Verschwiegenheit unterliegende Sitzungsunterlagen nehmen können. Auf Wunsch werden den Ratsmitgliedern die Sitzungsunterlagen zusätzlich, unabhängig von der Einhaltung einer Ladungsfrist, in Papier zur Verfügung gestellt. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann die Ladungsfrist bis auf 3 Tage verkürzt werden.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Sachverhalt / Begründung:

Soweit die Gemeindeordnung bezüglich der Arbeitsweise des Rates und der Ausschüsse nicht erkennbar abschließende Regelungen getroffen hat, kann und muss der Rat im Rahmen seiner Geschäftsordnungsautonomie gemäß § 47 Abs. 2 GO NRW eine Geschäftsordnung aufstellen.

Durch die Geschäftsordnung sind u.a. die Ladungsfrist und die Form der Einberufung zu regeln. In der jüngeren Vergangenheit kam es seitens der Deutschen Post AG zu Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Zustellung der Ratspost, was dazu führte, dass im Einzelfall die Einhaltung der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Ladungsfrist nicht gewährleistet werden konnte. Da die Nichteinhaltung der Ladungsfrist dazu führen kann, dass die in der Sitzung gefassten Beschlüsse unwirksam sind, wird die o.g. Anpassung der Geschäftsordnung vorgeschlagen. Demnach reicht es für die Wahrung der Ladungsfrist aus, dass die elektronischen Dokumente der Einladung im Ratsinformationssystem eingestellt sind und dies allen Rats- bzw. Ausschussmitgliedern per E-Mail an eine zuvor benannte Adresse mitgeteilt wurde. Selbstverständlich werden, sofern der Wunsch nach den Dokumenten in Papierform besteht, diese weiterhin per Post versandt. Allerdings würden Verzögerungen bei der Zustellung künftig nicht mehr dazu führen, dass die Ladungsfrist nicht gewahrt wurde.

Vergleichbare Regelungen haben beispielsweise die Räte in den Städten Siegburg, Niederkassel, Meckenheim und Rheinbach getroffen.

Dr. Max Leitterstorf

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von

über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.

über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen.
Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.

Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.